

Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 120. Jahrgang, Nr. 15

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-Adresse / flvobla@flvobla.LOL.li · Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volksblatt



JUGEND-EXTRA

Was ist eigentlich trendy?

Acht Jugendliche sprechen über Trends in der Schule, Sport, Kleidung und anderen Bereichen. Seite 10



REPORTAGE

Leben in Sanski Most

Der Kampf in Bosnien ist nicht über Ende. Jetzt geht es um die Zukunft. Der zweite Teil unserer Reportage auf Seite 7

TAGESSCHAU

Geteilte Arbeit – Doppelte Familie

Wer noch sein Veto zur Gleichberechtigung einlegen will, kann das bis zum 30. April tun. Bis dahin läuft die Vernehmlassungsfrist für das Gesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann in Liechtenstein, ein «weiterer kleiner Meilenstein», wie Regierungsrätin Andrea Willi diesen Schritt vor allem für die Gleichheit im Berufsleben nannte. Seite 3

Spuren der Asienkrise

Die Schweizer Exporte nach Südkorea und Singapur sind wegen der Asienkrise Ende 1997 eingebrochen. Gemäss Aussenhandelsstatistik wuchs aber die gesamte Aus- und Einfuhr 1997 so stark wie bisher nie in den 90er Jahren. Zur Auswirkung der Asienkrise auf die Konjunktur zeigen sich führende Ökonomen uneins. Seite 8

Hingis weiter, Muster und Ivanisevic out



Ohne Probleme erreichte Titelverteidigerin Martina Hingis (im Bild) bei den Australian Open in Melbourne die zweite Runde. Die 17-jährige aus Trübbach überliess ihrer Deutschen Gegnerin Wiltrud Probst lediglich drei Games. Auch die Baslerin Patty Schnyer setzte sich gegen die Französin Nathalie Dechy mit 6:1, 6:2 durch. Bei den Herren ist das Turnier für zwei Gesetzte schon zu Ende: Der

Osterreicher Thomas Muster unterlag dem schwedischen Qualifikanten Jan Apell in drei Sätzen, der Kroatie Goran Ivanisevic verlor gegen den Holländer Jan Siemerink in vier Sätzen. Seite 12

Papst heute in Kuba

Papst Johannes Paul II. wird heute Mittwoch zu einem historischen Besuch in Kuba erwartet. Es ist der erste Besuch eines Oberhauptes der katholischen Kirche in der kommunistischen Inselrepublik. Obwohl der Papst in erster Linie in seelsorgerischer und nicht in politischer Mission reist, setzen die Bewohner Kubas grosse Hoffnungen in den fünf-tägigen Aufenthalt. Seite 15

Grand Casino Zürich?

Zürich soll im früheren Industriegebiet von Oerlikon eines der grössten Spielcasinos von Europa erhalten. Vorgesehen sind gemäss Projekt 30



Spieltische für das «Grand Jeu» mit Roulette, Black Jack und Baccara sowie 500 Geldspielautomaten, aber auch Restaurants, Bars, ein Dancing und Konferenzräume. Bei Inkrafttreten des Spielbankengesetzes im Jahr 2000 könnte das «Grand Casino Zürich» den Betrieb schon 2002 oder 2003 aufnehmen. Letzte Seite

Bistumsgelder in «Tranchen»

Regierungschef Mario Frick informiert in Sachen «Erzbistum»

Obwohl nicht als offizielles Traktandum auf der Einladung zum gestrigen Pressegespräch mit der Regierung, lagen sie in der Luft: Die Fragen nach dem nächsten Akt des erzbischöflichen Schauspiels.

Für die Stunden nach dem Pressegespräch am Spätnachmittag stand für Regierungschef Mario Frick ein Treffen mit dem «sogenannten Administrationsrat», wie sich Erzbischof Wolfgang Haas ausdrückte, auf dem Programm. Der Regierungschef zeigte sich erleichtert darüber, vom Erzbischof erfahren zu haben, dass er gedenke, den Administrationsrat des ehemaligen Dekanats bis Ende dieses Jahres in materieller und personeller Hinsicht weiterarbeiten zu lassen.

Somit hat die Regierung, sprich die Stabstelle für Finanzen, wieder eine «Adresse», die befugt ist, Geld

aus der Kasse unseres Landes zu bekommen. Aufgrund der Vorkommnisse wird der mit Gesetz festgelegte Beitrag von 600 000 Fr. in Tranchen ausbezahlt.

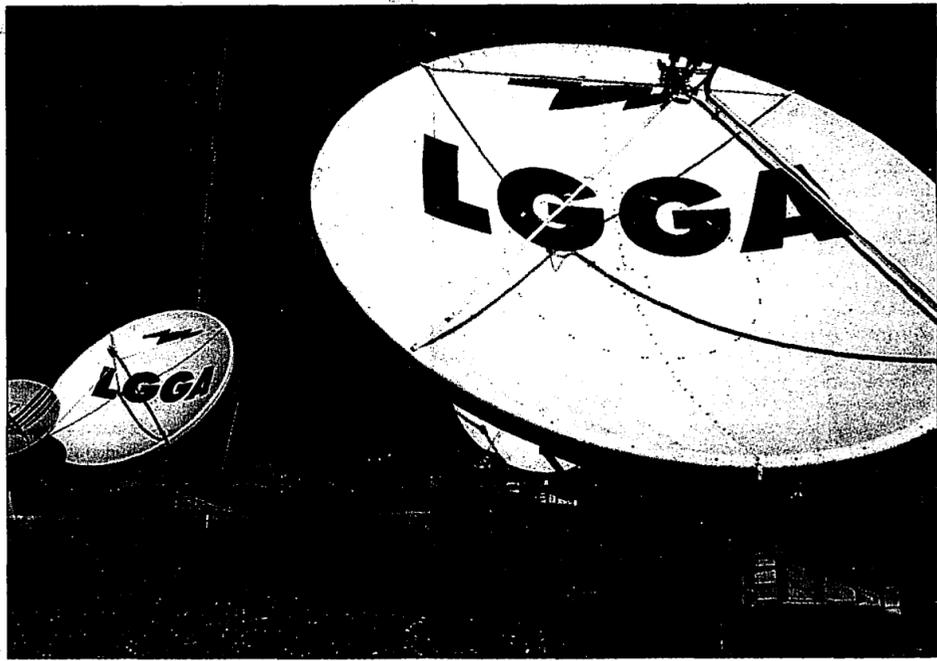
Auch für die Regierung sind aber noch nicht alle Fragen geklärt. Regierungschef Frick steht auf dem Standpunkt, dass es bis Ende des Jahres gelingen muss, die Strukturen zwischen Kirche und Staat zu entflechten. Er sieht sich nicht als Befürworter einer vollkommenen Trennung zwischen Kirche und Staat: «Wenn es zum Beispiel um den Religionsunterricht der Schulkinder geht, dann möchte ich diesen lieber in die staatlichen Schulstrukturen eingebunden sehen. Ich halte nichts von Sonntagsschulen...»

Die vom Land an das ehemalige Dekanat ausbezahlt Gelder wurden zu einem grossen Teil für Institutionen eingesetzt, die nicht nur einem kirchlichen, sondern auch

einem bildenden und gesellschaftlichen Zweck dienen. Darunter nehmen die Erwachsenenbildung und die Jugendarbeitsstelle gewichtige Funktionen ein. Regierungschef Mario Frick kann sich vorstellen, dass für diese, für alle Menschen in unserem Land wichtigen, Organisationen neue Lösungen gesucht werden. Es wäre denkbar, dass Jugendarbeitsstelle oder Erwachsenenbildung künftig dem Staat, respektive seinen Ämtern unterstellt werden. Dass er den «Verein für eine offene Kirche» als Trägerin gewisser solcher Stellen sieht, schliesst der Regierungschef nicht aus. Er hat zwar bisher noch keinen offiziellen Kontakte mit dem entstehenden Verein, aber «man kennt sich und hört natürlich einiges...»

Auch beim Pressegespräch der Regierung wurde viel über die künftige Residenz von Erzbischof Wolfgang gemunkelt. Varianten wie

«Rotes Haus» oder «Betagtenwohnheim Vaduz wird umgebaut» sind wohl kaum ernst zu nehmen. Für die Regierung ist die Frage nach einem Amtssitz des Erzbischofs nicht aktuell. Die Antwort des Regierungschefs: «Das geht mich nichts an!» Die Regierung hätte sich gegebenenfalls bei der Suche nach einer Residenz engagiert, wenn die Vorgehensweise des Vatikans höflich und korrekt gewesen wäre. Auch in anderen Belangen zeigt sich Mario Frick noch nicht glücklich über die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Erzbischof. Das zweite Zirkularschreiben, das Erzbischof Wolfgang zuhanden verschiedener Stellen – darunter auch der Regierung – vergangene Woche verschickt hat, enthält seitens der Regierung noch offenen Fragen. Mario Frick dazu: Das Schreiben «verhebt» juristisch gesehen nicht ganz! Ines Rampone-Wanger



Hoffen auf Konzession

Der Telekommunikationsbereich wird auch im Fürstentum Liechtenstein liberalisiert. Die Regierung hat das Monopol aufgekündigt, das die schweizerischen PTT-Betriebe bisher über den schweizerisch-liechtensteinischen Postvertrag hatten. Als eine der aussichtsreichsten Bewerberinnen um die Konzession in Liechtenstein gilt die Swisscom, die Nachfolgerin der schweizerischen PTT-Betriebe. In Zusammenarbeit mit der PTT konnte Liechtenstein in den vergangenen Jahrzehnten ein ausgezeichnetes Telekommunikationsnetz aufbauen, das heute als eines der modernsten in Europa gilt. Die Swisscom, die in Liechtenstein die Firma Telecom FL AG gründete, möchte die Telekommunikation weiterführen. An einer Pressekonferenz stellte sich gestern das Unternehmen vor. Mehr darüber auf Seite 5.

Prinz Georg †

Im 87. Lebensjahr in Wien gestorben

Das Fürstenhaus teilt mit, dass am 18. Januar 1998 Seine Durchlaucht Prinz Georg von und zu Liechtenstein nach kurzer Krankheit im Spital in Wien gestorben ist. Er war der letzte noch lebende Bruder des verstorbenen Fürsten Franz Josef II.

Prinz Georg wurde am 11. November 1911 in Gross-Ullersdorf geboren, vermählte sich am 23. September 1948 in Altshausen (Württemberg) mit Herzogin Marie Christine von Württemberg. In ihrer 50-jährigen Ehe konnten sie sich an 7 Kindern und 13 Enkelkindern erfreuen. Prinz Georg verbrachte die Jugendzeit mit seinen Geschwistern in Gross-Ullersdorf (Mähren) und in Wien. Nach seiner schulischen Ausbildung besuchte er die Universität für Bodenkultur in Wien, die er 1936 als Doktor Diplom-Ingenieur der Agrarwissenschaften abschloss.

Seine Doktorarbeit widmete Prinz Georg dem Thema Virus Bang und deren Bekämpfung. Nach Absolvierung verschiedener Praktika stellte er während des II. Weltkrieges sein Fachwissen dem Land Liechtenstein für die Lebensmittelversorgung und die Milchhygiene zur Verfügung. Als Agronom war Prinz Georg nach Kriegsende massgeblich am Wiederaufbau und der Neuorganisation der fürstlichen Landwirtschaftsbetriebe Wilfersdorf N.O. mitbeteiligt gewesen. Nach der Pensionierung durfte er noch viele Jahre mit seiner Familie bei guter Gesundheit verbringen.

Seine Durchlaucht Prinz Georg wird in der Familiengruft in Vaduz beigesetzt. Das feierliche Requiem mit anschliessender Beisetzung in der Familiengruft findet am Freitag, 30. Januar 1998, um 14.00 Uhr, in der Kathedrale Vaduz statt.

Davoser Forum '98

Rund 2000 Manager und Politiker erwartet

Davos wird vom 29. Januar bis zum 3. Februar einmal mehr zum Mekka der Wirtschaftsführer und Politiker. Zum Weltwirtschaftsforum werden der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl, Spitzenpolitiker und Topmanager aus der ganzen Welt, drei Bundesräte und eventuell auch Hillary Clinton erwartet.

Ausgehend von der doch nie dagewesenen globalen Komplexität wurde dieses Jahr das Motto «Prioritäten für das 21. Jahrhundert» gewählt, wie die Organisatoren gestern bekanntgaben.

Einen speziellen Platz innerhalb des Forums findet die Asienkrise, die unter dem Titel «Umgang mit der Unbeständigkeit» gesondert behandelt wird. «Wir müssen die entscheidlichen Veränderungen ansprechen, die in der internationalen Wirtschaft aufgrund der Situation in

Asien entstanden sind», sagte der Direktor des Forums, Claude Smaadja. Spitzenvertreter des Internationalen Währungsfonds, Chinas, Japans, Thailands und der USA werden die Asienkrise erörtern.

Europäische Spitzenpolitiker und Themen wie die Währungsunion werden am 28. «World Economic Forum» ebenfalls prominent vertreten sein. Deutschlands Bundeskanzler Helmut Kohl wird die Eröffnungsrede halten. Angekündigt sind sodann die Finanzminister von Frankreich und Grossbritannien, Dominique Strauss-Kahn und Gordön Brown.

Sie werden sich mit Europas gefährdeter wirtschaftlicher Erholung und deren Folgen für die Währungsunion auseinandersetzen. Als Überraschungsgast wird in Davos möglicherweise auch Hillary Rodham Clinton auftreten.